

Volume Graphics Allgemeine Geschäftsbedingungen für Beratungsleistungen sowie sonstige individuelle Dienstleistungen (Volume Graphics GmbH)



Please click [here](#) for the English version.

1. Geltungsbereich dieser AGB, Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftraggebers

1.1 Die vorliegenden Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Beratungsleistungen sowie sonstige individuelle Dienstleistungen („**AGB**“) gelten für alle Verträge zwischen der Volume Graphics GmbH, Speyerer Straße 4 – 6, 69115 Heidelberg, Deutschland („**Auftragnehmer**“) und Kunden („**Auftraggeber**“), die Beratungsleistungen oder sonstige Dienstleistungen des Auftragnehmers in Bezug auf Softwareprodukte des Auftraggebers („**Software**“) zum Gegenstand haben. Hierzu gehören insbesondere Beratungsleistungen zur individuellen Realisierbarkeit der Einführung oder Weiterentwicklung technischer Anwendungen (Soft- und Hardware) im Bereich der Computertomographie in Verbindung mit der Software und die Durchführung von Machbarkeitsstudien oder die Erstellung von Software-Routinen im Zusammenhang mit dem Einsatz der Software beim Auftraggeber. Diese AGB gelten auch für das Zustandekommen derartiger Verträge. Für zukünftige Verträge dieser Art mit dem Auftraggeber gelten diese AGB ebenfalls, selbst wenn bei Vertragsschluss nicht nochmals ausdrücklich auf die AGB Bezug genommen wurde.

1.2 Die vorliegenden AGB sind in deutscher und englischer Sprache abgefasst – abrufbar auf der Volume Graphics Website unter www.volumegraphics.com/de/fr/terms-conditions.html. Im Falle von Widersprüchen zwischen den Sprachversionen ist die deutsche Fassung maßgeblich.

1.3 Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Auftraggebers wird hiermit widersprochen. Sie werden auch dann nicht anerkannt, wenn der Auftragnehmer ihnen nicht nochmals nach Eingang bei ihm ausdrücklich widerspricht.

1.4 Hinweise auf die Geltung gesetzlicher Vorschriften haben nur klarstellende Bedeutung. Auch ohne eine derartige Klarstellung finden die gesetzlichen Vorschriften Anwendung, soweit sie in diesen AGB nicht abgeändert, ergänzt oder ausdrücklich ausgeschlossen werden.

2. Beratungsgegenstand

2.1 Der konkrete Umfang der geschuldeten Beratungsleistungen ergibt sich aus einer schriftlich abzuschließenden, einzelvertraglichen Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber („**Tätigkeitsvereinbarung**“).

2.2 Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart wird (vgl. Ziffer 2.3), sind die in der Tätigkeitsvereinbarung beschriebenen Leistungspflichten reine Dienstleistungen. Die Beratung erfolgt nach bestem Wissen und ausschließlich auf Grundlage der Informationen, die der Auftraggeber dem Auftragnehmer zur Kenntnis bringt und zur Verfügung stellt. Es wird ohne ausdrückliche Zusage kein Eintritt eines bestimmten Erfolges geschuldet. Ferner erfolgt ohne ausdrückliche Zusage keine rechtliche Garantie oder sonstige Zusicherung im Hinblick auf die Erfüllung eines vom Auftraggeber mit der Dienstleistung des Auftragnehmers verfolgten Zwecks. Gegenstand der Beratungsleistungen des Auftragnehmers sind unter anderem auch Einschätzungen und Ratschläge hinsichtlich der Umsetzung von technischen Vorhaben unter Einschluss von Machbarkeitsstudien; hierbei kann der Auftragnehmer keine Garantie für den Eintritt eines vom Auftraggeber intendierten technischen oder wirtschaftlichen Erfolges abgeben, auch wenn dieser Erfolg vom Auftraggeber im Voraus als Zielsetzung formuliert wurde, da der Eintritt dieses Erfolges auch von weiteren Umständen abhängt, die außerhalb des Einflussbereichs sowie der Einschätzungskompetenz der Parteien liegen können.

2.3 Wird seitens des Auftragnehmers die Erstellung eines Werkes bzw. ein konkret definiertes Leistungsergebnis zugesagt – etwa in Form der Erstellung von Programm-Routinen, ist der Auftragnehmer zur Erbringung der entsprechenden Leistungen nur insoweit verpflichtet, als diese bei Vertragsschluss schriftlich in der Tätigkeitsvereinbarung festgehalten sind. Entsprechendes gilt für etwa vom Auftragnehmer zugesagte Leistungsfristen. Spätere Änderungen des Leistungsumfangs bedürfen ebenfalls zu ihrer Wirksamkeit des schriftlichen Einverständnisses beider Parteien, wobei gegenüber dem ursprünglichen Leistungsumfang entstehende Mehraufwendungen des Auftragnehmers angemessen zu vergüten sind. Die Zusage einer bestimmten Eigenschaft oder Eignung der Lieferung/Leistung zu einem bestimmten Verwendungszweck sowie die Übernahme einer Garantie sind nur dann verbindlich, wenn dies schriftlich vom Auftragnehmer bestätigt wird.

2.4 Innerhalb des Rahmens, den die Tätigkeitsvereinbarung vorgibt, erledigt der Auftragnehmer die ihm übertragenen Aufgaben eigenverantwortlich. Vorbehaltlich konkreter, in schriftlicher Form vereinbarter Pflichten oder Spezifikationen

hat der Auftraggeber keine Weisungsbefugnis und ist nicht zu fachlichen und organisatorischen Vorgaben berechtigt. Der Auftragnehmer wird jedoch stets bemüht sein, Wünschen des Auftraggebers Rechnung zu tragen.

3. Mitwirkung des Auftraggebers, Notwendige Informationen, Geheimhaltung

3.1 Der Auftraggeber benennt einen fachlich kompetenten Ansprechpartner, der dem Auftragnehmer kurzfristig die notwendigen Informationen und Unterlagen zur Verfügung stellt, Gesprächspartner benennt und Entscheidungen trifft oder sie herbeiführen kann, ferner zur Entgegennahme der vom Auftragnehmer zu erbringenden Beratungsleistungen bevollmächtigt ist.

3.2 Der Auftraggeber hat dafür Sorge zu tragen, dass dem Auftragnehmer alle für die Ausführung seiner Tätigkeit notwendigen Informationen, Unterlagen oder sonstige Betriebsmittel rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und er von allen notwendigen Vorgängen und Umständen in Kenntnis gesetzt wird. Dies gilt auch für Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle ihm zur Verfügung gestellten Geschäfts- und Betriebsunterlagen ordnungsgemäß aufzubewahren und insbesondere dafür zu sorgen, dass unbefugte Dritte nicht Einsicht nehmen können. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind auf Anforderung dem Auftraggeber zurückzugeben. Die Verpflichtung zur vertraulichen Behandlung gilt nicht für Ideen, Modelle, Konzepte, Methoden, Techniken und sonstiges bedeutsames Know-how sowie für Informationen, welche dem Auftragnehmer bei Mitteilung seitens des Auftraggebers bereits bekannt waren oder später ohne Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis bekannt werden.

3.3 Damit der Auftragnehmer verbindliche Fristen und Termine einhalten kann, ist er auf die Unterstützung des Auftraggebers angewiesen. Dieser verpflichtet sich daher, die zur Leistungserbringung erforderlichen Tätigkeiten des Auftragnehmers nach besten Kräften zu unterstützen und sämtliche erforderlichen Mitwirkungsleistungen vollständig und rechtzeitig erbringen. Soweit für den in der Tätigkeitsvereinbarung definierten Gegenstand der vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen von Relevanz, hat der Auftraggeber insbesondere

- > den Auftragnehmer unverzüglich über Änderungen der Infrastruktur zu informieren,
- > zusätzlich benötigte Infrastruktur bereitzustellen, darunter insbesondere Remotezugang, Netzwerkanschlüsse, Stromversorgung, Arbeitsplätze etc.,
- > sicherzustellen, dass, sollte die Leistungserbringung vor Ort beim Auftraggeber stattfinden, zu jeder Zeit Zugang zu Räumlichkeiten, zum Netzwerk und allen anderen in diesem Zusammenhang stehenden Komponenten gewährleistet ist, und einen für den Einsatz angemessenen Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen
- > sowie, falls für die Tätigkeiten Log-In Accounts (Anmeldungen) notwendig sein sollten, diese im Vorfeld einzurichten und dem Auftragnehmer bekannt zu geben.

3.4 Der Auftraggeber wird in regelmäßigen Abständen nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Datenverarbeitung Datensicherungen durchführen, die das Gesamt-Software-System umfassen. Der Auftraggeber schützt seinen Datenbestand darüber hinaus durch Sicherungsmaßnahmen vor Viren, die dem Stand der Technik entsprechen.

3.5 Erfüllt der Auftraggeber seine Mitwirkungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig und entstehen dadurch Verzögerungen oder Mehraufwand, verlängern sich etwa vereinbarte Leistungsfristen und der Auftragnehmer ist berechtigt, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen.

4. Personal

4.1 Vorbehaltlich einer spezielleren Bestimmung in der Tätigkeitsvereinbarung setzt der Auftragnehmer für die Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten ausschließlich Mitarbeiter ein, die für die Erbringung der vereinbarten Leistung qualifiziert sind.

4.2 Der Auftragnehmer ist zum Einsatz von Subunternehmern berechtigt.

5. Vergütung

5.1 Soweit die Parteien keine ausdrückliche Vereinbarung über die Vergütungshöhe treffen, gelten die allgemeinen Vergütungssätze des Auftragnehmers. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes angegeben ist, verstehen sich Preisangaben zur Vergütung rein netto, zuzüglich gegebenenfalls anfallender gesetzlicher Umsatzsteuer. Darüber hinaus anfallende Zölle, Steuern und sonstige Abgaben sind vom Auftraggeber zusätzlich zu entrichten.

5.2 Für Vertragsleistungen, welche der Auftragnehmer beim Auftraggeber erbringt, werden dem Auftraggeber gesondert Fahrt- und gegebenenfalls Übernachtungskosten in Höhe des tatsächlichen Aufwands in Rechnung gestellt. Spesen werden gemäß den steuerlichen Höchstsätzen ersetzt.

5.3 Ist nichts Abweichendes bestimmt, sind Zahlungen innerhalb von 30 Tagen ab Rechnungsdatum ohne Abzug fällig. Rechnungsstellung erfolgt nach Wahl von Volume Graphics per Brief oder elektronisch.

5.4 Zahlungen haben per Banküberweisung an das in der Rechnung ausgewiesene Bankkonto vom Auftragnehmer zu erfolgen. Kreditkarten oder jegliche Art von Charge-Cards werden nicht akzeptiert.

5.5 Der Auftragnehmer ist jederzeit berechtigt, einen angemessenen Vorschuss hinsichtlich seiner Tätigkeiten zu verlangen, welcher seine voraussichtliche Vergütung für den auf das Vorschussverlangen folgenden Monatszeitraum abdeckt, und den Beginn seiner Tätigkeit vom Zahlungseingang des Vorschusses abhängig machen. Bei Leistungen im Sinne von Ziffer 2.3, deren Vergütungsvolumen einen Betrag von EUR 10.000,00 netto übersteigt, gilt vorbehaltlich einer anderweitigen Vereinbarung zwischen den Parteien folgende Zahlungsvereinbarung: 30 % bei Auftragserteilung; 30 % bei Fertigstellungsmitteilung seitens des Auftragnehmers; 30 % nach Übergabe sowie ggf. geschuldeter Installation; 10 % nach Abnahme.

6. Haftung des Auftragnehmers

6.1 Der Auftragnehmer haftet – gleich aus welchem Rechtsgrund – nur, soweit der eingetretene Schaden

(a) durch schuldhafte Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht verursacht worden ist, oder

(b) auf grobe Fahrlässigkeit oder Vorsatz auf Seiten des Auftragnehmers zurückzuführen ist.

6.2 Wesentlich ist eine Vertragspflicht, deren Erfüllung die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags erst ermöglicht und auf deren Einhaltung der Auftraggeber regelmäßig vertraut und vertrauen darf.

6.3 Im Falle der Ziffer 6.1 (a) ist bei einfacher Fahrlässigkeit des Auftragnehmers eine Haftung für entgangenen Gewinn sowie Investitionsentscheidungen des Auftraggebers, die aufgrund der vom Auftragnehmer erbrachten Leistung getroffen werden, ausgeschlossen.

6.4 Für den Verlust von Daten und Programmen und deren Wiederherstellung haftet der Auftragnehmer ebenfalls nur gemäß Ziffer 6.1 und auch nur insoweit, als dieser Verlust nicht durch angemessene Vorsorgemaßnahmen des Auftraggebers vermeidbar gewesen wäre, insbesondere durch regelmäßige Anfertigung von Sicherheitskopien aller Daten und Programme.

6.5 Die Haftungsbeschränkungen dieses Abschnitts gelten sinngemäß auch zugunsten der Mitarbeiter und Beauftragten des Auftragnehmers.

6.6 Eine Haftung für die Nutzbarkeit bzw. Verwertbarkeit eines vom Auftragnehmer zu erstellenden Werkes bzw. zu liefernden Ergebnisses im Sinne der Ziffer 2.3 ist ausgeschlossen bzw. beschränkt, sofern und soweit der Eintritt des Schadens hätte vermieden werden können, wenn der Auftraggeber das Leistungsergebnis zunächst in einer geeigneten Testumgebung getestet hätte. Darüber hinaus wird seitens des Auftragnehmers im Falle der Ziffer 6.1(a) bei einfacher Fahrlässigkeit des Auftragnehmers nur bis zur Höhe des vertragstypischen, für den Auftragnehmer aufgrund des zuvor vom Auftraggeber mitgeteilten Verwendungszwecks vorhersehbaren Schadens übernommen, höchstens jedoch in Höhe der Deckungssumme der vom Auftragnehmer unterhaltenen Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung in Höhe von EUR 5,0 Mio.

6.7 Die vorstehenden Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche des Auftraggebers aus dem Produkthaftungsgesetz und bei dem Auftragnehmer zurechenbaren Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

7. Kündigung

7.1 Im Falle eines vom Auftragnehmer zu erbringenden Leistungsergebnisses im Sinne der Ziffer 2.3 gelten für die Kündigung seitens der Parteien ausschließlich die gesetzlichen Vorschriften. In den übrigen Fällen können beide Parteien das Vertragsverhältnis mit einer Frist von 2 Wochen zum Monatsende kündigen, sofern in der Tätigkeitsvereinbarung nichts Abweichendes bestimmt ist.

7.2 Das Recht beider Parteien, den Vertrag nach den gesetzlichen Bestimmungen außerordentlich zu kündigen, bleibt unberührt.

7.3 Kündigungserklärungen bedürfen für ihre Wirksamkeit der Schriftform.

8. Besondere Bestimmungen bei Werkleistungen im Sinne der Ziffer 2.3

8.1 Neben den für etwa vom Auftragnehmer zugesagte Werkleistungen bzw. Leistungsergebnisse im Sinne der Ziffer 2.3 geltenden Sonderregelungen gemäß Ziffer 5.4 (Satz 2), 6.6 sowie Ziffer 7.1 (Satz 2) gelten zudem die nachfolgenden Bestimmungen gemäß der Ziffern 8.2 bis 8.8.

8.2 Die Abnahme des vom Auftragnehmer erbrachten und abgelieferten Werks erfolgt spätestens innerhalb von 1 Woche nach Übergabe. Werden vom Auftragnehmer innerhalb dieser Zeit keine abnahmehindernden Mängel geltend gemacht, gilt das Werk als abgenommen. Bei Verzug des Auftraggebers mit der Abnahme wird die Vergütung sofort fällig.

8.3 Der Auftraggeber unterliegt hinsichtlich der auftragsgegenständlichen Lieferungen und Leistungen des Auftragnehmers Untersuchungs- und Rügepflichten analog § 377 HGB.

8.4 Unabhängig von Ziffer 8.3 sind Gewährleistungsansprüche des Auftraggebers ausgeschlossen, wenn der Auftraggeber offensichtliche Mängel nicht innerhalb einer Frist von 2 Wochen, gerechnet ab Abnahme auftragsgegenständlichen Lieferungen und Leistungen bis zur Absendung der Rüge, rügt.

8.5 Bei einer Verletzung der Untersuchungs- und Rügepflicht gilt die Lieferung bzw. die Leistung in Ansehung des betreffenden Mangels als genehmigt.

8.6 Der Auftragnehmer leistet, vorbehaltlich der Einhaltung der vorbezeichneten Untersuchungs- und Rügepflichten durch den Auftraggeber, für Mängel der auftragsgegenständlichen Lieferungen und Leistungen zunächst Gewähr durch Nacherfüllung, dabei, nach seiner Wahl, durch Beseitigung des Mangels oder neuerliche Lieferung/Leistung. Der Auftraggeber hat umgehend einen Anspruch auf neuerliche Lieferung/Leistung, wenn ihm die Mangelbeseitigung nicht zumutbar ist. Nach erfolglosem Ablauf einer von dem Auftraggeber dem Auftragnehmer gesetzten angemessenen Frist zur Nacherfüllung, innerhalb derer der Auftragnehmer eine der Art des Mangels, seiner Komplexität und den sonstigen Umständen angemessene Anzahl von Nachbesserungsversuchen zusteht, ist der Auftraggeber nach seiner Wahl, berechtigt, Herabsetzung der Vergütung (Minderung) oder Rückgängigmachung des Vertrages (Rücktritt) zu verlangen oder den Mangel selbst zu beseitigen und den Ersatz seiner dafür erforderlichen Aufwendungen zu verlangen. Das Recht des Auftraggebers, neben dem Rücktritt gemäß der gesetzlichen Bestimmungen Schadensersatz bzw. Ersatz vergeblicher Aufwendungen zu fordern, bleibt – mit Ausnahme der Einschränkungen für solche Ansprüche des Auftraggebers gemäß Ziffer 6 – unberührt.

8.7 Mit Abnahme und vollständiger Bezahlung der vom Auftragnehmer erbrachten Leistungen gehen die für den nach dem Vertrag bestimmten Nutzungszweck erforderlichen nicht-ausschließlichen Nutzungsrechte hieran auf den Auftragnehmer über. Weitergehende Nutzungsrechte, insbesondere auf Vervielfältigung, Bearbeitung, entgeltliche Verbreitung sowie Veröffentlichung werden ohne ausdrückliche schriftliche Vereinbarung nicht auf den Auftragnehmer übertragen, sofern hinsichtlich der betroffenen Urheberrechte keine rechtliche Erschöpfung eingetreten ist.

8.8 Hinweise, die der Auftragnehmer für die Installation, Implementierung oder Nutzung der Werkleistungen bzw. Leistungsergebnisse im Sinne der Ziffer 2.3 gibt, hat der Auftraggeber, soweit zumutbar, zu beachten. Ferner hat der Auftraggeber die Werkleistungen bzw. Leistungsergebnisse im Sinne der Ziffer 2.3, soweit zumutbar, vor ihrem produktiven Einsatz in einer separaten Testumgebung zu installieren und auf Funktionsfähigkeit sowie Nutzbarkeit für die vom Auftraggeber intendierten Zwecke zu testen, um das Risiko eines Datenverlustes oder von Betriebsstörungen zu vermindern.

9. Exportkontrolle

9.1 Der Auftraggeber sichert zu, (i) dass er nicht in einem Land ansässig bzw. niedergelassen ist, in das aufgrund der geltenden Gesetze in Bezug auf Wirtschafts- und Handelssanktionen oder der geltenden Ausfuhrkontrollgesetze und -vorschriften, einschließlich, jedoch nicht beschränkt auf die einschlägigen Gesetze der Bundesrepublik Deutschland, der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika (im Folgenden insgesamt als „**Ausfuhrbestimmungen**“ bezeichnet) oder einer auf deren Grundlage verhängten Sanktion allgemein eine Ausfuhr der zugesagten Werkleistungen bzw. Leistungsergebnisse im Sinne der Ziffer 2.3 oder vom Auftragnehmer zu erbringender Leistungen untersagt ist, und (ii) dass dem Auftragnehmer die Lieferung der zugesagten Werkleistungen bzw. Leistungsergebnisse oder zu erbringender Leistungen an den Auftraggeber nach den Ausfuhrbestimmungen oder einer auf deren Grundlage verhängten Sanktion nicht untersagt ist.

Wird zu einem späteren Zeitpunkt eine Ausfuhrbestimmung erlassen oder eine Sanktion aufgrund der Ausfuhrbestimmungen verhängt, die dem Auftragnehmer die Lieferung der zugesagten Werkleistungen bzw. Leistungsergebnisse oder zu erbringender Leistungen an den Auftraggeber untersagen, hat der Auftraggeber den Auftragnehmer hiervon unverzüglich zu unterrichten.

9.2 Der Auftragnehmer ist nicht verpflichtet, Verträge unter Verstoß gegen Ausfuhrbestimmungen zu erfüllen. Stellt der Auftragnehmer fest, dass eine Lieferung gegen Ausfuhrbestimmungen verstoßen würde, ist der Auftragnehmer berechtigt, diese auszusetzen und den Vertrag fristlos zu kündigen.

9.3 Sofern Lieferungen und/oder Leistungen des Auftragnehmers der behördlichen Genehmigung bedürfen, insbesondere einer Ausfuhrerlaubnis nach der Verordnung (EU) 2021/821 (EU-Dual-Use-VO), dem deutschen Außenwirtschaftsgesetz (AWG) oder der deutschen Außenwirtschaftsverordnung (AWV), kommen entsprechende Vereinbarungen mit dem Auftraggeber nur unter der aufschiebenden Bedingung der Erteilung der behördlichen Genehmigung zustande. Der Auftraggeber hat alle für die behördliche Genehmigung erforderlichen Erklärungen abzugeben und Nachweise zu erbringen, insbesondere Endverbleibenserklärungen und/oder Importzertifikate. Die Beschaffung einer etwa erforderlichen Einfuhrgenehmigung obliegt dem Auftraggeber.

9.4 Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer auf erstes Anfordern von sämtlichen Ansprüchen freizustellen, die Dritte, insbesondere Behörden oder Organisationen, gegenüber dem Auftragnehmer oder einem mir ihr gesellschaftsrechtlich verbundenen Unternehmen aufgrund eines Verstoßes des Auftraggebers gegen die Ausfuhrbestimmungen, aufgrund einer fehlerhaften oder unvollständigen exportkontrollrechtlich relevanten Erklärung des Auftraggebers oder im Zusammenhang mit einer fehlerhaften Zusicherung oder einer verspäteten oder unterbliebenen Mitteilung des Auftraggebers geltend machen und dem Auftragnehmer sämtliche in diesem Zusammenhang dem Auftragnehmer oder einem mir ihm gesellschaftsrechtlich verbundenen Unternehmen entstehende Schäden ersetzen.

10. Sonstige Bestimmungen

10.1 Sollte eine Bestimmung dieser AGB oder der Tätigkeitsvereinbarung aus einem beliebigen Grund ungültig oder nicht einklagbar sein, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die Nichtausübung oder das Nichteinklagen eines Rechts oder einer Bestimmung dieser AGB oder der Tätigkeitsvereinbarung durch den Auftragnehmer stellt keinen Verzicht auf ein solches Recht oder eine solche Bestimmung dar.

10.2 Dieser Vertrag unter Einschluss der Tätigkeitsvereinbarung und der vorliegenden AGB stellt die endgültige, ausschließliche und umfassende Vereinbarung über den Vertragsgegenstand dar und hat Vorrang vor allen vorhergehenden und gleichzeitig getroffenen Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien in Bezug hierauf.

10.3 Mündlich vereinbarte Änderungen oder Ergänzungen des Vertrags einschließlich der Tätigkeitsvereinbarung und dieser AGB sind unwirksam. In elektronischer Form getroffene Vereinbarungen sollen zum Nachweis ihrer Authentizität zumindest mit einer einfachen elektronischen Signatur versehen sein (z.B. unter Verwendung von DocuSign oder AdobeSign).

10.4 Der Auftragnehmer ist berechtigt, die Belieferung des Auftraggebers mit den auftragsgegenständlichen Lieferungen und Leistungen zu eigenen Werbe- und Präsentationszwecken in jeder Form (z. B. Abbildung von Produkt und Ort seiner Verwendung bei dem Auftraggeber in Prospekten oder elektronischen Medien), jedoch immer nur angemessen in Art und Umfang, zu nutzen. Dieses Recht besteht nur dann nicht, wenn der Auftraggeber einer solchen Nutzung ausdrücklich spätestens bei seiner auf Vertragsabschluss gerichteten Willenserklärung widerspricht.

10.5 Der Auftraggeber darf gegen Ansprüche des Auftragnehmers nur mit unstreitigen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen aufrechnen. Entsprechendes gilt für die Ausübung von Zurückbehaltungsrechten durch den Auftraggeber.

10.6 Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, gegenüber Forderungen des Auftragnehmers aus einem Vertrag ein Zurückbehaltungsrecht wegen eines anderen, nicht aus diesem Vertrag stammenden Anspruchs auszuüben.

10.7 Es gilt ausschließlich deutsches Recht.

10.8 Im Hinblick auf den Gerichtsstand gilt Folgendes:

- (a) Hat der Auftraggeber zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrags seinen Sitz oder seine Niederlassung innerhalb der Europäischen Union, des Vereinigten Königreichs, der Schweiz oder des Europäischen Wirtschaftsraums, ist ausschließlicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder in Zusammenhang mit dieser Vereinbarung Mannheim, sofern der Auftraggeber Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen ist. Der Auftragnehmer ist jedoch auch berechtigt, den Auftraggeber an dessen Sitz oder am eigenen Sitz vom Auftragnehmer in Heidelberg (Deutschland) gerichtlich in Anspruch zu nehmen.
- (b) Hat der Auftraggeber zum Zeitpunkt des Abschlusses dieses Vertrags innerhalb der in Ziffer 10.8 (a) genannten Gebiete weder Sitz noch Niederlassung, werden alle Streitigkeiten, die sich aus oder in Zusammenhang mit dieser Vereinbarung ergeben, nach der Schiedsgerichtsordnung der Internationalen Handelskammer (ICC) von einem oder mehreren gemäß dieser Ordnung ernannten Schiedsrichtern endgültig entschieden. Sitz des Schiedsgerichts ist Frankfurt/Main (Deutschland). Gerichtssprache ist Englisch.

10.9 Die Europäische Kommission stellt eine Plattform für die außergerichtliche Online-Streitbeilegung bereit. Die Plattform ist abrufbar unter www.ec.europa.eu/consumers/odr. Der Auftragnehmer ist weder verpflichtet noch bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teilzunehmen.

(Stand: 27. Juni 2022)

Volume Graphics General Terms and Conditions for Consultancy Services and Other Individual Services (Volume Graphics GmbH)



Die deutsche Version finden Sie [hier](#).

1. Scope of application of these GTC, General terms and conditions of Principal

1.1 These General Terms and Conditions for Consultancy Services and Other Individual Services ("**GTC**") shall apply to all contractual agreements between Volume Graphics GmbH, Speyerer Straße 4 – 6, 69115 Heidelberg, Germany ("**Contractor**") and customers ("**Principal**") which have as their object consultancy services or other services of Contractor in relation to Contractor's software products ("**Software**"). This shall include, in particular, consultancy services on the individual feasibility of introducing or further developing technical applications (software and hardware) in the field of computer tomography in connection with the Software and feasibility studies or the creation of software routines in connection with the use of the Software by Principal. These GTC shall also apply to the conclusion of such contracts. Any future contracts of this kind with Principal shall also be governed by these GTC, even if the GTC were not expressly referred to again upon conclusion of the contract.

1.2 The GTC are drafted in German and English—retrievable from the Volume Graphics website at www.volumegraphics.com/en/f/r/terms-conditions.html. In the event of contradictions between the language versions, the German version shall prevail.

1.3 Any general terms and conditions of Principal are hereby objected to. They shall not be recognized even if Contractor does not expressly object to them again after receipt.

1.4 References to the applicability of statutory provisions shall only have clarifying significance. Even without such clarification, the statutory provisions shall apply insofar as they are not amended, supplemented, or expressly excluded in these GTC.

2. Subject matter of consultancy

2.1 The specific scope of the consultancy services owed shall result from an individual agreement to be concluded in writing between Contractor and Principal ("**Activity Agreement**").

2.2 Unless expressly agreed otherwise (cf. Clause 2.3), the performance obligations described in the Activity Agreement shall be deemed to be genuine services. Advice shall be given to the best of our knowledge and exclusively on the basis of the information which Principal brings to the attention of and makes available to Contractor. Without express consent, no occurrence of a certain success shall be owed. Furthermore, no legal guarantee or other assurance with regard to the fulfilment of any purpose pursued by Principal with the service of Contractor shall be given without an express promise. The subject matter of the consultancy services of Contractor shall include, among other things, assessments and advice regarding the implementation of technical projects, including feasibility studies; in this context, Contractor cannot guarantee the occurrence of a technical or economic success intended by Principal, even if this success was defined in advance by Principal as an objective, since the occurrence of this success also depends on other circumstances which may lie outside the sphere of influence and the assessment competence of the parties.

2.3 If Contractor promises the creation of a work or a specifically defined performance result – for example in the form of the creation of programme routines, Contractor shall only be obliged to provide the corresponding services insofar as these are recorded in writing in the Activity Agreement at the time the contract is concluded. The same shall apply to any performance periods promised by Contractor. Subsequent changes to the scope of performance shall also require the written consent of both parties in order to become effective, with any additional expense incurred by Contractor compared to the original scope of performance having to be appropriately reimbursed. The promise of a particular feature or suitability of the delivery/performance for a particular purpose as well as the assumption of a guarantee shall only be binding if this is confirmed in writing by Contractor.

2.4 Within the framework set out in the Activity Agreement, Contractor shall carry out the tasks entrusted to Contractor in Contractor's own responsibility. Subject to specific obligations or specifications agreed in writing, Principal shall have no authority to issue instructions and shall not be entitled to stipulate technical or organisational specifications. However, Contractor shall always endeavour to take into account Principal's requests.

3. Cooperation of Principal, necessary information, confidentiality

3.1 Principal shall designate a technically competent contact person who shall provide Contractor with the necessary information and documents at short notice, designate relevant contacts and make or be able to bring about decisions, and who shall also be authorised to receive the consultancy services to be provided by Contractor.

3.2 Principal shall ensure that Contractor is provided with all information, documents or other operating resources required for the performance of Contractor's work in good time and that Contractor is informed of all necessary matters and circumstances. This shall also apply to documents, matters and circumstances which only become known during Contractor's activities. Contractor undertakes to properly store all business and operating documents made available to Contractor and, in particular, to ensure that unauthorised third parties cannot access them. The documents made available shall be returned to Principal upon request. The confidentiality obligation shall not apply to ideas, models, concepts, methods, techniques and other significant know-how as well as to information which was already known to Contractor at the time of disclosure by Principal or which becomes known subsequently without any connection to the contractual relationship.

3.3 In order for Contractor to be able to comply with binding deadlines and dates, Contractor is dependent on the support of Principal. Principal therefore undertakes to support the activities of Contractor required for the provision of the services to the best of its ability and to provide all necessary cooperation in full and on time. To the extent relevant to the subject matter of the services to be rendered by Contractor as defined in the Activity Agreement, Principal shall in particular

- > inform Contractor without delay of any changes to the infrastructure,
- > provide additionally required infrastructure, in particular remote access, network connections, power supply, workstations etc.,
- > ensure that, should the services be provided at Principal's site, access to premises, the network and all other related components is ensured at all times, and provide an appropriate workplace for the activities to be carried out,
- > and, if log-in accounts (registrations) are necessary for the activities, to set these up in advance and to provide the related information to Contractor.

3.4 Principal shall carry out data backups at regular intervals in accordance with the principles of proper data processing, which shall include the entire software system. In addition, Principal shall protect Principal's database against viruses by means of state-of-the-art security measures.

3.5 If Principal does not fulfil its obligations to cooperate or does not do so in time and this results in delays or additional expenditure, any agreed performance periods shall be extended and Contractor shall be entitled to demand an adjustment of the consideration.

4. Staff

4.1 Subject to a more specific provision in the Activity Agreement, Contractor shall only use employees who are qualified to perform the agreed service for the fulfilment of its contractual obligations.

4.2 Contractor shall be entitled to use subcontractors.

5. Consideration

5.1 Unless the parties make an express agreement about the amount of the consideration, the general fee rates of Contractor shall apply. Unless expressly stated otherwise, fees and prices are net, exclusive of any statutory value-added tax that may be applicable. Any applicable customs duties, taxes, and other levies shall be paid additionally by Principal.

5.2 For contractual services provided by Contractor to Principal, Principal shall be invoiced separately for travel and, if applicable, accommodation costs in the amount of the actual expenditure. Expenses shall be reimbursed in accordance with the applicable maximum tax rates.

5.3 Unless otherwise agreed, payments shall be due within 30 days of the invoice date without deduction. Invoices shall be issued by letter or electronically at the discretion of Contractor.

5.4 Payments must be made by bank transfer to Contractor's bank account as shown on the invoice. Credit cards or any type of charge cards are not accepted.

5.5 Contractor shall at all times be entitled to demand an appropriate advance payment in respect of its activities, which shall cover Contractor's expected consideration for the period of one month following the request for advance payment, and to make the commencement of Contractor's activities dependent on receipt of the advance payment. In the case of services within the meaning of Clause 2.3 whose consideration volume exceeds an amount of EUR 10,000.00 net, the following payment agreement shall apply unless otherwise agreed between the parties: 30% upon placement of the order; 30% upon notification of completion by Contractor; 30% upon handover and any installation owed; 10% upon acceptance.

6. Liability

6.1 Contractor shall only be liable – regardless of the legal basis – to the extent that the damage occurred

- (a) was caused by a culpable breach of a material contractual obligation, or
- (b) is due to gross negligence or intentional conduct on the part of Contractor.

6.2 A material contractual obligation shall mean a contractual obligation the fulfilment of which is a prerequisite for enabling the proper fulfilment of the contract in the first place and on which Principal relies and is usually entitled to rely.

6.3 In the case of Clause 6.1 (a), liability for loss of profit and investment decisions made by Principal on the basis of the work performed by Contractor shall be excluded in the case of simple negligence on the part of Contractor.

6.4 Equally, Contractor shall be liable for the loss of data and programmes and their restoration only in accordance with Clause 6.1 and only to the extent that this loss could not have been avoided by appropriate precautionary measures on the part of Principal, in particular by making regular back-up copies of all data and programmes.

6.5 The limitations of liability in this section shall apply accordingly to the benefit of Contractor's employees and agents.

6.6 Liability for the suitability or usability of a work to be created or a result to be delivered by Contractor within the meaning of Clause 2.3 shall be excluded or limited if and to the extent that the occurrence of the damage could have been avoided if Principal had first tested the performance result in a suitable test environment. In addition, in the case of Clause 6.1 (a), if there is simple negligence on the part of Contractor, Contractor shall only be liable up to the amount of the damage typical for this type of contract and foreseeable for Contractor on the basis of the intended use previously communicated by Principal, but at most up to the amount of the sum insured under the liability insurance for pecuniary losses maintained by Contractor in the amount of EUR 5.0 million.

6.7 The above limitations of liability shall not apply to claims of Principal arising from the German Product Liability Act and to damages attributable to Contractor arising from injury to life, limb or health.

7. Termination

7.1 In the event of a performance result to be provided by Contractor within the meaning of Clause 2.3, the statutory provisions shall apply exclusively to the termination by the parties. In other cases, both parties may terminate the contractual relationship with 2 weeks' notice to the end of the month, if nothing to the contrary is stipulated in the Activity Agreement.

7.2 The right of both parties to terminate the contract extraordinarily in accordance with applicable statutory provisions shall remain unaffected.

7.3 Notices of termination must be in writing in order to be effective.

8. Special provisions for work performance within the meaning of Clause 2.3

8.1 In addition to the special provisions pursuant to Clauses 5.4 (sent. 2), 6.6 and 7.1 (sent. 2) applicable to any work performance or performance results promised by Contractor within the meaning of Clause 2.3, the following provisions pursuant to Clauses 8.2 through 8.8 shall also apply.

8.2 Acceptance of the work performed and delivered by Contractor shall take place at the latest within 1 week of delivery. If Principal does not assert any defects that prevent acceptance within this period, the work shall be deemed accepted. If Principal is in default of acceptance, the consideration shall become due immediately.

8.3 With regard to the deliveries and services of Contractor which are the subject of the order, Principal shall be subject to inspection and notification obligations according to § 377 HGB (*Handelsgesetzbuch* – German Commercial Code), *mutatis mutandis*.

8.4 Irrespective of Clause 8.3, warranty claims of Principal shall be excluded if Principal fails to give notice of obvious defects within a period of 2 weeks, calculated from the acceptance of the deliveries and performances forming the subject matter of the order until the dispatch of the notice of defect.

8.5 In the event of a breach of the obligation to inspect and give notice of defects, the delivery or performance shall be deemed to have been approved with regard to the defect in question.

8.6 Subject to compliance by Principal with the aforementioned inspection and notification obligations, Contractor shall initially provide warranty for defects in the deliveries and performances forming the subject matter of the order by way of subsequent performance, at Contractor's option either by remedying the defect or by providing a new delivery/performance. Principal shall immediately be entitled to a new delivery/performance if Principal cannot reasonably be expected to accept remedying of the defect. After the unsuccessful expiry of a reasonable period set by Principal to Contractor for subsequent performance, within which Contractor shall be entitled to a number of attempts to remedy the defect appropriate to the nature of the defect, its complexity and the other circumstances, Principal shall be entitled, at Principal's option, to demand a reduction in the consideration (reduction) or rescission of the contract (rescission) or to remedy the defect and to demand reimbursement of the expenses required for this. Principal's right to claim damages or reimbursement of futile expenses in addition to withdrawal in the statutory manner shall remain unaffected, with the exception of the restrictions for such claims of Principal pursuant to Clause 6.

8.7 Upon acceptance and complete payment of the performances rendered by Contractor, the related non-exclusive rights of use required for the purpose of use specified in the contract shall pass to Principal. Without an express written agreement, no further rights of use – in particular, rights to duplication, editing, dissemination against consideration or publication – shall be transferred to Principal, except where legal exhaustion has occurred with regard to the copyrights concerned.

8.8 Principal shall, to the extent reasonable, observe any instructions given by Contractor for the installation, implementation or use of the work or performance results within the meaning of Clause 2.3. Furthermore, Principal shall, to the extent reasonable, install the work or performance results within the meaning of Clause 2.3 in a separate test environment prior to their productive use and test them for functionality and usability for the purposes intended by Principal in order to reduce the risk of data loss or operational disruptions.

9. Export Control

9.1 Principal warrants (i) that Principal is not located or domiciled in any country to which an export of the agreed work or performance results within the meaning of Clause 2.3 or of services to be rendered by Contractor is generally prohibited under the applicable laws in respect of economic and trade sanctions or the applicable export control laws and regulations, including but not limited to the relevant laws of the Federal Republic of Germany, the European Union, the United Kingdom or the United States of America (hereinafter collectively referred to as "**Export Regulations**") or a sanction imposed on the basis thereof, and (ii) that Contractor is not prohibited from delivering the agreed work or

performance results within the meaning of Clause 2.3 or the services to be rendered to the Principal under the Export Regulations or a sanction imposed on the basis thereof.

If, at a later point in time during an ongoing contractual relationship, an Export Regulation is issued or a sanction is imposed under the Export Regulations that prohibits Contractor from delivering the agreed work or performance results within the meaning of Clause 2.3 or the services to be rendered to Principal, Principal must inform Contractor thereof immediately.

9.2 Contractor shall not be obligated to fulfill contracts in violation of Export Regulations. If the Contractor determines that a delivery would violate Export Regulations, the Contractor shall be entitled to suspend such delivery and to terminate the contract without notice.

9.3 Insofar as deliveries and/or services of Contractor require regulatory approval, in particular an export license according to Regulation (EU) 2021/821 (EU Dual-Use Regulation), the German Foreign Trade and Payments Act (Außenwirtschaftsgesetz—AWG) or the German Foreign Trade and Payments Ordinance (Außenwirtschaftsverordnung—AWV), respective agreements with Principal shall only be concluded subject to a condition precedent of the granting of the regulatory approval. Principal shall provide all declarations and evidence required for the regulatory approval, in particular end-use declarations and/or import certificates. Principal shall be responsible for obtaining any import license that may be required.

9.4 Principal shall indemnify Contractor upon first demand against all claims asserted by third parties, in particular authorities or organizations, against Contractor or a company affiliated with Contractor under company law due to a violation of the Export Regulations by Principal, due to an incorrect or incomplete statement by the Principal relevant under export control law or in connection with an incorrect representation or a delayed or omitted notification by Principal and shall compensate Contractor for all damages incurred by Contractor or a company affiliated with Contractor under company law in this connection.

10. Miscellaneous

10.1 If any provision of these GTC or the Activity Agreement is invalid or unenforceable for any reason, this shall not affect the validity of the remaining provisions. Contractor's failure to exercise or enforce any right or any provision of these GTC or the Activity Agreement shall not constitute a waiver of such right or provision.

10.2 This agreement, including the Activity Agreement and these GTC, is the final, exclusive, and comprehensive agreement in respect of the subject matter of the agreement and shall supersede all prior and contemporaneous agreements between the parties with regard thereto.

10.3 Verbally agreed amendments or supplements to this agreement, including the Activity Agreement and these GTC, are invalid. Agreements made in electronic form shall at least be provided with a simple electronic signature to prove their authenticity (e.g., using DocuSign or AdobeSign).

10.4 Contractor shall be entitled to use the provision of Customer with the deliveries and performances forming the subject matter of the order for its own advertising and presentation purposes in any form (e.g., illustration of the product and place of its use by Customer in brochures or electronic media), but only to an appropriate extent. This right shall not exist only if Principal expressly objects to such use at the latest at the time of issuing Principal's declaration of intent directed at the conclusion of the contract.

10.5 Any offsetting in respect of claims of Contractor shall only be permitted to Principal with claims which are uncontested or have been asserted in a legally binding manner. This shall apply accordingly with regard to the exercise of any retention rights by Principal.

10.6 Principal shall not be entitled to exercise any right of retention against claims of Contractor under a contract because of another claim which does not arise from that contract.

10.7 The agreement shall be governed exclusively by German law.

10.8 With regard to the place of jurisdiction, the following shall apply:

(a) If, at the time of the conclusion of this agreement, Principal has its registered office or place of business within the European Union, the United Kingdom, Switzerland or the European Economic Area, exclusive place of jurisdiction for all disputes arising from or in connection with this agreement shall be Mannheim, Germany, provided that the Customer is a merchant, a legal entity under public law or a separate estate under public law. However, the Contractor shall also be entitled to take legal action against Principal at Principal's registered office or at the Contractor's own registered office in Heidelberg (Germany).

(b) If, at the time of the conclusion of this agreement, Principal has neither its registered office nor its place of business within the territories referred to in Clause 10.8 (a), all disputes arising out of or in connection with this agreement shall be finally settled under the rules of arbitration of the International Chamber of Commerce (ICC) by one or more arbitrators appointed in accordance with these rules. The seat of the arbitration shall be Frankfurt/Main (Germany). The language of the proceedings shall be English.

10.9 The European Commission provides a platform for out-of-court online dispute resolution. The platform is available at: www.ec.europa.eu/consumers/odr. Contractor is neither obligated nor willing to participate in dispute resolution proceedings before a consumer mediation board.

(Status: June 27, 2022)